Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 140 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 20. Juni 1939

Plumpe Ablenkungsmanöver

London und Paris unterstellen Moskau übertriebene Garantiewünsche

Die englische und die französische Presse übertrifft sich in dem krampfhaften Bemühen, ihren Lesern über die Enttäuschungen im Hinblick auf die englisch-sowjetrussischen Verhandlungen hinwegzuhelfen. Seit Wochen hat die Presse der Westmächte die Oeffentlichkeit darauf vorbereitet, daß der Abschluß des Paktes mit den Sowjets die Einkreisungsfront vervollständigen werde. Jetzt aber stocken die Moskauer Verhandlungen, und der englische Sonderabgesandte Strang ist genötigt, sich neue Anweisungen aus London zu holen. Zu der großen Sorge um die Entwicklung der Dinge im Fernen Osten kommt nun also auch noch die Enttäuschung über die wachsenden Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Moskau.

Um die enttäuschte Leserschaft davon zu überzeugen, daß die Schuld an dem Stocken der Moskauer Verhandlungen nicht in London und Paris zu suchen ist, werden den Sowjets die unmöglichsten Forderungen unterstellt. Angeblich hat Moskau übertriebene Garantiewünsche in bezug auf Europa geäußert.

So behauptet der Londoner Korrespondent des Pariser Blattes „Excelsior", Moskau wünsche, daß Frankreich, England und die Sowjetunion durch eine verallgemeinerte Garantie sämtliche Staaten decken, die den Absichten des Dritten Reiches zum Opfer fallen könnten. Eine solche Garantie müsse sich sowohl auf Belgien als auch auf Lettland und Estland erstrecken und könne auf alle Staaten — das Blatt erwähnt Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien — ausgedehnt werden, die einen solchen Schutz wünschten. Durch diesen Moskauer Wunsch, so fährt das Blatt fort, seien jedoch neue, sehr verwickelte Fragen aufgeworfen worden, so daß man sich fragen müsse, ob der englische Unterhändler Strang ausreichende Vollmachten für die Behandlung derartiger Fragen besitze.

Vielleicht um schon immer einen eventuellen Rückzug aus Moskau vorzubereiten, werden Moskau Forderungen in die Schuhe geschoben, die natürlich England unter keinen Umständen erfüllen kann, will es sich nicht in Europa vollkommen der Lächerlichkeit aussetzen. Denn daß Ungarn — als Unterzeichner des Antikomintern-Paktes! —, Jugoslawien und Bulgarien — als mit den Achsenmächten eng befreundete Mächte — von der Tripleentente gegen Deutschland garantiert werden sollten, kann man nur als einen schlechten Witz bezeichnen.

Die Moskauer Schwierigkeiten

Chamberlain bestätigt sie — Fernostgarantie bereitet London Kopfschmerzen

 # Ueber die Verhandlungen mit Sowjetrußland befragt, konnte Ministerpräsident Chamberlain im englischen Unterhaus nur feststellen, daß die Verhandlungen andauern. Ferner mußte er zugeben, daß nicht so sehr die baltische Frage an den Schwierigkeiten in Moskau schuld ist. Obwohl Chamberlain sich außerordentlich vorsichtig ausdrückte, wurde sein verblümter Hinweis auf das Fernostproblem sofort verstanden.

Am 15. Juni, so erklärte Chamberlain, seien der französische und der britische Botschafter in Moskau sowie Mister Strang von Molotow empfangen worden, dem sie die jüngsten englisch-französischen Vorschläge auseinandergelegt hätten. Am 16. Juni habe eine weitere Besprechung stattgefunden. Im Laufe dieser Besprechung habe Molotow den britischen und französischen Vertretern gewisse Einwände der Sowjetregierung unterbreitet. Die Besprechungen dauerten immer noch an. Der Labour-Abgeordnete Dalton verlangte vor diesem öffentlichen Forum eine Mitteilung darüber, ob die dem britischen Botschafter in Moskau erteilte Möglichkeit, Schritt für Schritt Zugeständnisse zu machen, weitgehend genug sei. Chamberlain erwiderte in seiner Not mit einer nichtssagenden Phrase. Es sei, setzte er aber hinzu, möglich, daß weitere Punkte aufgeworfen würden, die Rückfragen notwendig machten. Auf die Frage des Konservativen Adams, ob etwa neben der baltischen Sache andere Schwierigkeiten bestünden, antwortete Chamberlain: „Ja, es gibt noch verschiedene andere Punkte."

*

Mit dieser Erklärung vernimmt man aus dem Munde des britischen Premierministers selbst eine Bestätigung dafür, daß die Frage der baltischen Staaten längst aufgehört hat, die Hauptschwierigkeit bei den Moskauer Besprechungen zu bilden. Es bestätigen sich damit die Informationen, daß es die von Moskau geforderte Fernost-Garantie ist, die den Briten schwere Kopfschmerzen bereitet. Chamberlain mußte diesen Tatbestand nunmehr vor dem Unterhaus zugeben, konnte aber mit keinem Wort auch nur andeuten, wie sich England aus diesem Dilemma befreien wird.

Chamberlain hat im gleichen Atemzuge die ernsten Zustände in Tientsin darstellen müssen. Die hier eingetretene Situation allein könnte genügen, um in London ernste Sorgen heraufzubeschwören. Viel schwerer noch ist aber, wie aus der Chamberlain-Erklärung jetzt klar ersichtlich, das Problem für die britischen Staatsmänner dadurch geworden, daß Moskau hartnäckig bei seiner Forderung auf die Fernostgarantie besteht und nicht gewillt ist, davon abzulassen.

Dilemma der britischen Einkreisung

Zu der Chamberlain-Erklärung und zum augenblicklichen Stand der Moskauer Verhandlungen schreibt der „Deutsche Dienst" in einem Eigenbericht aus London:

Die Unterhauserklärung Chamberlains über die Moskauer Verhandlungen hat erneut das Moskauer Debakel der britischen Außenpolitik in das hellste Licht des öffentlichen Interesses gerückt. Es ist rührend zu sehen, wie lange nun schon der gute Name der baltischen Staaten von der britischen und französischen Presse dazu mißbraucht wird, das Moskauer Debakel der britischen Außenpolitik auf eine schamhafte und delikate Weise zu verhüllen. Keiner, der die Schliche und Methoden der britischen Einkreisungspraktiken einigermaßen kennt, hat jedoch nur den geringsten Zweifel daran, daß etwa die britische Außenpolitik skrupellos genug wäre, um im Bedarfsfalle die baltischen Staaten auch wider ihren eigenen Willen in die britische Einkreisungsfront hineinzupressen. Albion hat noch nie nach dem Willen kleiner Völker gefragt, wenn es sie in seine imperialistischen und kapitalistischen Ziele einsetzen wollte. Das Schicksal der schwergeprüften Araber in Palästina ist gerade in diesen Tagen ein erneutes Beispiel dafür. Warum sollte es sich ausgerechnet durch Lettland, Estland und Finnland von dieser lang genug geübten Praxis abbringen lassen?

Man sagt Baltikum und meint den Fernen Osten. Denn hier ist der wunde Punkt, wo alle britischen Unterhändlerschläue und alle schönklingenden Phrasen und mündlichen Versicherungen der Hilfsbereitschaft abprallen an der unerbittlichen Haltung der sowjetrussischen Außenpolitik. Moskau beharrt auf seiner Forderung: es will die schriftliche Festlegung der britischen Beistandsverpflichtungen im Fernen Osten im Falle eines Konfliktes mit Japan als Gegenleistung für seine Beteiligung an der britischen Einkreisungsfront.

Das aber ist die schwache Seite von John Bull: erstens fürchtet man, daß ein britisches Beistandsversprechen für Sowjetrußland im Fernen Osten die japanische Regierung in ihrer englandfeindlichen Haltung so sehr bestärken würde, daß der Ausbruch eines offenen militärischen Konfliktes nicht länger aufzuhalten wäre. Und zweitens, selbst wenn London die weitere Zuspitzung des Verhältnisses zu Japan in Kauf nehmen wollte: England könnte ja, selbst wenn es wollte, im Fernen Osten keinerlei nennenswerte Unterstützung für Moskau leisten. Denn schon der Tientsin-Vorfall beweist die ganze Ohnmacht der britischen Position im Fernen Osten, die bezeichnenderweise in der britischen Presse in einem peinlich anmutenden Gemisch von wütenden Ausbrüchen, massiven Drohungen und flehenden Beschwörungen an die Adresse Japans zum Ausdruck kommt.

In Moskau ist man offensichtlich realpolitisch genug, dieses Dilemma der britischen Außenpolitik klar zu erkennen. Moskau will sich eben nicht umsonst als Kanonenfutter für Großbritanniens Interessen hergeben, sondern verlangt infolgedessen von Großbritannien das Prinzip der Gegenseitigkeit, und zwar schriftlich! Gerade das aber ist London besonders peinlich!

Verbrecherische Brunnenvergiftung

Neuer englischer Lügenfeldzug über angebliche deutsche Truppenbewegungen

 # In der englischen Presse tauchen seit einigen Tagen in verstärktem Maße bösartige Hetzmeldungen auf, die sich mit angeblichen deutschen Truppenbewegungen in der Slowakei und im Protektorat Böhmen und Mähren beschäftigen.

Auch jetzt wird diese üble Brunnenvergiftung, die offenbar auf Grund eines wohlüberlegten Planes und im Rahmen der allgemeinen Einkreisungsaktion durchgeführt wird, fortgesetzt. So wird von zahlreichen Tanks, Panzerwagen und Transportfahrzeugen phantasiert, die durch Prag nach Osten marschierten; und bei Mährisch-Ostrau wollen findige angelsächsische Reporter sogar nicht weniger als 10 Divisionen aufgespürt haben.

Von zuständiger deutscher Seite werden diese völlig unbegründeten Kombinationen, deren Ziel nur die weitere Verschärfung der vorhandenen Spannungen sein kann, auf das schärfste zurückgewiesen. Daß es sich dabei eindeutig um eine neue gewissenlose Mache der englischen Einkreisungspolitik handelt, geht schon daraus hervor, daß die Lügenfabrikanten gleichzeitig das hirnverbrannte Märchen kolportieren, daß Deutschland und Ungarn angeblich die Teilung der Slowakei — die bekanntlich unter dem Schutz des Deutschen Reiches steht — vereinbart hätten.

*

Bei den fortgesetzten verbrecherischen Lügenmanövern der englischen Presse handelt es sich um bewußte, man darf sagen hinterhältigste Brunnenvergiftung, deren Skrupellosigkeit zu einem Verbrechen am europäischen Frieden wird. Eine Regierung, die ein solches Trommelfeuer sinnlosester Lügen seitens ihrer Presse duldet, hat das Recht verwirkt, ihre politischen Machenschaften unter das Aushängeschild der Friedenssicherung zu stellen, denn solche Lügen haben keinen anderen Zweck als die bewußte Schürung des Unfriedens und sollen Europa im Dienste der Einkreisungspolitik immer wieder in Aufregung versetzen. Allerdings muß die Ratlosigkeit der englischen Politik schon weit gediehen sein, wenn man sich nicht scheut, so unglaubliche Märchen wie die beabsichtigte Teilung der Slowakei zu kolportieren. Die Slowakei steht unter deutschem Schutz und fühlt sich unter diesem Schutz, wie aus den Aeußerungen ihrer maßgebenden Persönlichkeiten hervorgeht, jedenfalls wohler, als wenn sie sich dem Schutze der Einkreiser anvertraut hätte. Aber hier kommt es nur auf die Lüge an, möge sie auch nur für einige Stunden gegenüber der Wirklichkeit standhalten können. Dann müssen eben wieder neue Lügen herhalten. Aber die deutsche Politik wahrhafter Friedenssicherung wird dafür sorgen, daß alle Lügenmärchen an der Wucht der Tatsachen zerschellen.

Offenbare Böswilligkeit

Slowakisches Preßbüro weist Hetzlüge über Deutschland zurück.

Unter der Ueberschrift: „2000 Deutsche in Sillein" weist das halbamtliche Slowakische Preßbüro eine Tendenzlüge der internationalen Brunnenvergifter über angebliche deutsche Truppenbewegungen gegen Polen zurück und prangert die Böswilligkeit solcher Lügenhetze gebührend an.

In der slowakischen halbamtlichen Meldung heißt es: „Die Agentur „Associated Preß" hat eine Meldung herausgegeben, derzufolge 20 000 deutsche Soldaten slowakisches Gebiet, und zwar Sillein, in der Richtung gegen die polnische Grenze passiert haben sollen. Diese Nachricht ist ebenso wie viele andere Meldungen, die in den letzten Tagen von den verschiedensten Blättern verbreitet wurden und die in dem Sinne ausklingen, als ob eine Aufteilung der Slowakei vorbereitet und die Slowakei allmählich von deutschen Truppen besetzt würde und als ob ein deutsches Hauptquartier in Preßburg einquartiert worden wäre, vollkommen frei erfunden. Wie uns aus Sillein gemeldet wird, sind in Sillein weder deutsche Truppen eingetroffen noch haben solche die Stadt zu Fuß, mit der Bahn oder mit Motorfahrzeugen passiert. Die Tendenz derartiger Nachrichten sowie ihre Böswilligkeit ist jedem, der die Verhältnisse in der Slowakei kennt, aus eigener Erfahrung offenbar. Diese Nachrichten werden nur darum erfunden und konstruiert, um die zwischen den Völkern bestehende Spannung zu steigern."

Britische Presse dementiert

Ueber die augenblickliche Lage in der Slowakei befragt, erklärte Unterstaatssekretär Butler im Unterhaus im Zusammenhang mit den Lügenmeldungen von „Times" u. a., er habe erfahren, daß sich in der Slowakei keine Ereignisse von besonderer Bedeutung in letzter Zeit zugetragen hätten.

Chamberlain zur Tientsin-Blockade

Nur Klagen, keine Gegenmaßnahmen Englands

Im Verlauf der Beratungen des Unterhauses gab Ministerpräsident Chamberlain auch, nachdem er vorher die Erklärung über die stockenden Moskauer Verhandlungen abgegeben hatte, die mit größter Spannung erwartete Erklärung über die Lage in Tientsin ab. Chamberlain erklärte, daß die Abriegelung andauere. Alle britischen Staatsangehörigen seien an den Schranken festgehalten und rigoros durchsucht, in einigen Fällen sogar unwürdig behandelt worden. Die Einfuhr von verderblichen Lebensmitteln und Eis in die britische Niederlassung sei durch die verschärfte Durchsuchung an den Schranken verzögert worden und erfolge nur von Zeit zu Zeit. Demgegenüber wurden die Märkte der französischen Niederlassung in Tientsin normal beliefert.

Im allgemeinen müsse man sagen, daß britische Schiffe, einschließlich Schlepper und Leichter, von den japanischen Militärbehörden angehalten und durchsucht worden seien. Der britische Generalkonsul in Tientsin habe bei seinem japanischen Kollegen protestiert, und ebenso sei der britische Botschafter in Tokio angewiesen worden, die Frage bei der japanischen Regierung aufzurollen. Die allgemeine Lage sei noch nicht klar. Der britische Ministerpräsident sagte dann, daß man „noch immer hoffe", daß sich „eine örtliche Vereinigung" als möglich erweisen werde. Er bestätigte aber im gleichen Atemzug, daß man den Eindruck habe, daß die ursprüngliche Forderung nach Auslieferung der vier Chinesen dadurch verwickelt worden sei, daß „größere Fragen von allgemeiner Bedeutung" aufgeworfen worden seien. Auf eine Anfrage bestätigte Chamberlain, daß auch die Blockade von Kulangsu fortdauere.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF